

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
17.07.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Herr Sieber nahm ab 17:02 Uhr an der Sitzung teil.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Herr Menn nahm bis 18:38 Uhr an der Sitzung teil.
Frau Beate Fleischer	SKE	
Herr Dr. Gerhard Kotte	SKE	
Frau Irmgard Lawnik	SKE	
Herr Ulrich Peinhardt	SKE	
Frau Lorri King	Initiatorin Initiative gegen die Umbenennung der Philipp-Müller-Straße	
Frau Christina Töpfer	Initiatorin Initiative gegen die Umbenennung der Philipp-Müller-Straße	
Frau Kathrin Sasse	Bereichsleiterin Jobcenter Halle	
Frau Martina Vofrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter Dezernat Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit	
Herr Stefan Jaeger	Referent Dezernat Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit	
Herr Daniel Zwick	Teamleiter Amt für Wirtschaftsförderung	
Frau Eileen Panier	Protokollführerin Amt für Wirtschaftsförderung	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter Dezernat Planen und Bauen	
Herr Lothar Rochau	Verantwortlicher ESF-Projekt Stabsstelle Wissenschaft und Arbeit	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Andreas Hajek	parteilos
Herr Christian Glüse	SKE
Herr Stefan Person	SKE
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE
Herr Jörg Puschmann	SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, teilte mit, dass mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 5.3. begonnen werden soll, da **Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, auf Grund eines anderen Termins die Sitzung vorzeitig verlassen muss.

Anschließend bat **Herr Häder** um die Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 29.05.2012
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10586
 - 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freiluft-Tanzveranstaltungen
Vorlage: V/2012/10596
 - 5.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)
Vorlage: V/2012/10779
6. schriftliche Anfragen von Stadträten

7. Mitteilungen
 - 7.1. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2012
Vorlage: V/2012/10693
 - 7.2. Abschlussbericht "Schnelle Logistik grenzenlos"
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 29.05.2012

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 29.05.2012.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open
Vorlage: V/2012/10586

Frau Fleischer, sachkundige Einwohnerin, informierte, dass der Antrag im Kulturausschuss vom Antragsteller vertagt wurde.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung und bat darum, den Antrag erst wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen, wenn eine Abstimmung durch den Kulturausschuss erfolgte.

Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages: - einstimmig zugestimmt -
6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, stellte fest, dass damit für die Verwaltung kein Handlungsauftrag besteht und der Vertrag sich für das nächste Jahr verlängert, da es keinen anderen Beschluss des Stadtrates gibt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt präzisiert: In die Vereinbarung werden Klauseln eingefügt, die die Ausgestaltung des Salzfestes und der Händels Open detaillierter regeln.
2. Bei den Händels Open wird dem besonderen Kulturanspruch der Stadt an diese Veranstaltung Rechnung getragen. Ein Bezug zu Georg Friedrich Händel und zur Barockzeit muss deutlich erkennbar sein. Moderne Elemente mit Bezug auf diese Werke sind ergänzend möglich.
3. Das Salzfest bezieht seinen Namen aus der halleschen Salzwirker-Tradition. Daran muss sich das Veranstaltungskonzept messen lassen. Das Verkaufssortiment hat sich von einem üblichen Marktsortiment durch einen besonderen Bezug zur Salztradition zu unterscheiden.
4. Sollte der Betreiber der Änderung nicht zustimmen, wird die Kooperationsvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt (30.11.2012) gekündigt.
5. Die Stadtverwaltung legt jedes Jahr das Programm der Veranstaltungen im zuständigen Fachausschuss des Stadtrates rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung zur Bestätigung vor.

Abstimmungsergebnis:

- vertagt -

Der Antrag wurde per Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Häder** vertagt.

Er wird erst wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt, wenn eine Abstimmung durch den Kulturausschuss erfolgte.

zu 5.2 **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freiluft-Tanzveranstaltungen Vorlage: V/2012/10596**

Frau Hintz, SPD-Stadtratsfraktion, stellte noch einmal die Intension des Antrages dar: Der Antrag wurde gestellt, um eine kurzfristige Beantragung der genannten Veranstaltungen zu ermöglichen, da diese Partys bereits als Teile der Jugendkultur anzusehen sind. Sie wies auch noch einmal darauf hin, dass der Antrag nun beraten und abgestimmt werden sollte, da **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, in der vergangenen Sitzung mitteilte, dass bereits 10 Orte zur Prüfung zur Debatte stehen und dann nach einer Pressemeldung der MZ dahingehend äußerte, dass ein Tätigwerden der Verwaltung erst nach dem entsprechenden Stadtratsbeschluss möglich ist.

Hinweis von Herrn Dieringer, CDU-Stadtratsfraktion:

Der Antrag müsste aber seitens der Fraktion entsprechend der „Monatsangabe“ im Beschluss angepasst werden.

Anfrage von Herrn Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Warum wird dieser Antrag überhaupt im Ausschuss beraten, hier ist keine entsprechende Zuständigkeit zu erkennen.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Der Ausschuss ist für diese Thematik zuständig, da die Stabsstelle Veranstaltungsservice/Märkte seinem Dezernat unterstellt ist.

Hinweis von **Herrn Neumann** zum Antrag:

Es bleibt abzuwarten, ob es auf Grund der neuen GEMA-Regelungen entsprechende Antragstellungen geben wird.

Wortmeldung von **Herrn Sieber, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat**:

Er plädierte ohne Geschäftsordnungsantrag für den Abbruch der Diskussion.

Anfrage von **Herrn Scholtyssek, CDU-Stadtratsfraktion**:

Wie wird diese Frage durch andere Städte geregelt? Liegen hierzu vielleicht schon Erfahrungswerte von anderen Kommunen vor?

Darüber hinaus stellte er die Frage, welche ordnungsrechtlichen Maßnahmen ergriffen werden sollen, falls, bei Beschluss des Antrages, eine Nichteinhaltung der vorgesehenen Orte erfolgt und die genannten Partys weiterhin an anderen, nicht legalisierten Orten durchgeführt werden.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Die ordnungsrechtliche Fragestellung kann er nicht beantworten, da dieser Bereich nicht in seinem Zuständigkeitsbereich liegt, sondern den Bereich von Herrn Beigeordneten Dr. Wiegand berührt.

Daraufhin bat **Herr Scholtyssek** darum, diese Anfrage an das entsprechende Dezernat weiterzuleiten.

Im Anschluss wurde Antrag mit dem geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt.

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur ~~Juli~~ **Oktober**-Sitzung des halleschen Stadtrates einen geeigneten Ort im Stadtgebiet vorzuschlagen, der zur dauerhaften Nutzung für Musik-Tanz-Veranstaltungen unter freiem Himmel zur Verfügung gestellt werden kann.
2. Sofern ein solches Gelände gefunden wird, sind Bestimmungen zu erarbeiten, die die Nutzung des Geländes regeln. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob eine Anpassung betroffener Satzungen und Ordnungen notwendig ist.
3. Das Verfahren zur Beantragung von Veranstaltungsgenehmigungen auf dem ausgewählten Gelände soll möglichst bürgerfreundlich gestaltet werden.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -
8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

**zu 5.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)
Vorlage: V/2012/10779**

Zunächst erhielt **Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat**, das Wort zum Antrag: Die Intension des Antrages besteht nicht darin, die Straßenbenennung in Frage zu stellen, sondern vielmehr ist die Frage zu stellen, ob die Philipp-Müller-Straße eine geeignete Straße für die Umbenennung darstellt.

Sie persönlich hätte genügend Alternativvorschläge für die Benennung einer Straße nach Willy Brandt auch ohne dass es zu Problemen für die Wirtschaftstreibenden dieser Stadt kommt. So wäre die Umbenennung der Berliner Brücke denkbar, da Willy Brandt immerhin selbst „Brückenbauer“ war. Dies ist aber ihre persönliche Meinung.

Der Antrag soll auch vielmehr die Aufmerksamkeit darauf lenken, ob es nicht sinnvoll wäre die Bürgerinnen und Bürger im Kontext der Beratung anzuhören. Dies soll vor allem dem Austausch darüber dienen, was an weiteren Kosten auf die Bürger, hier explizit auf die Gewerbetreibenden zukommt.

Wortmeldung von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses:**

Im Vorfeld der Sitzung wurden die Vertreter der Initiative für diese Sitzung eingeladen. **Herr Häder** erkundigte sich beim Ausschuss, ob diese das Wort in der Sitzung haben dürfen.

Antwort von **Frau Ewert, SPD-Stadtratsfraktion:**

Sie findet dies durchaus gut.

Auch vom Ausschuss selbst gab es das allgemeine Einverständnis, indem niemand widersprach. Auch **Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, war damit einverstanden.

Ausführungen von **Frau Töpfer, Vertreterin der Initiative gegen die Umbenennung der Philipp-Müller-Straße:**

Die Kosten, die den Gewerbetreibenden entstehen wurden ja schon einmal im Ausschuss kurz vorgestellt (vgl. Mitteilung von **Herrn Dr. Franke, Leiter Wirtschaftsförderung**, in der Sitzung vom 29.05.2012). Diese setzen sich aus der Bestellung neuer Briefköpfe, Visitenkarten oder ähnlicher Leistungen zusammen. Diese Leistungen können jedoch nicht einfach mit „der nächsten Büromaterialbestellung“ abgewickelt werden, da dies nicht wirtschaftlich sei. Ein weiteres Problem stellt die Umsetzung in „Google-Maps“ und weiteren ähnlichen Online-Kartendiensten dar.

Von diesen kostenintensiven Maßnahmen sind über 50 in der Straße ansässigen Unternehmen betroffen. Dabei belaufen sich die Kosten nur allein für die Internetseitenänderung zwischen 1.000 € und 2.000 €

Auch als Initiative sei man nicht gegen die Umbenennung der Straße generell, aber es ist schade, dass sich die Stadt vorher nicht mit den Betroffenen in Verbindung gesetzt hat. So werden die Unternehmen nun von den bevorstehenden Kosten überrannt.

Ausführungen von **Frau King, Vertreterin der Initiative gegen die Umbenennung der Philipp-Müller-Straße:**

Für sie stellt sich die Frage, warum man ausgerechnet diese Straße wählen musste. Aus ihrer Sicht hätte man durchaus eine andere Straße dafür nutzen können, zumal weder eine Gemeindegebietsreform noch andere Regelungen dies erforderlich gemacht haben.

Antwort von **Herrn Stäglin**:

Das Problem dabei ist, dass dieser Beschluss vorher nicht in allen Ausschüssen beraten wurde. Bezüglich der Kosten ist festzuhalten, dass die von ihm mal genannte Summe von 500 € sich nahezu in den Medien verselbstständigt hat. So wurde natürlich auf Nachfrage seitens der Presse durch ihn gesagt, dass die Umbenennung 500 € in Anspruch nimmt. Diese Aussage bezog sich aber nur auf die Straßenschilder, über alle weiteren Kosten ist er als Beigeordneter des Dezernates für Planen und Bauen überhaupt nicht aussagefähig. Diese Problematik konnte aber bereits geklärt werden.

Um den Betroffenen eine bestmögliche Unterstützung zu geben, erfolgte bereits ein Gespräch mit den Vertretern der Initiative und der Oberbürgermeisterin. Des Weiteren kann angeboten werden, dass eine automatische Anschriftenänderung im Gewerberegister erfolgt. Das Stadtvermessungsamt kann bei der Einstellung bei Google-Maps behilflich sein, des Weiteren wird die Zustellung durch die Post an beide Adressen über ein Jahr vorgenommen, darüber hinaus bleibt das Schild mit dem bisherigen Namen noch ¼ Jahr länger stehen, als gewöhnlich.

Antwort von **Frau King**:

Es geht ja nicht nur um die Aktualisierung bei Google-Maps. So müssen z. B. für ihr Unternehmen über 30 Einträge geändert werden und dies stellt sich äußerst schwierig dar.

Anfrage von **Frau Dr. Sitte**:

Wie handhaben denn andere Städte die Digitalisierung bei Straßenumbenennungen?

Antwort von **Herrn Stäglin**:

Aus seiner bisherigen Tätigkeit ist ihm eine Digitalisierung in diesem Umfang nicht bekannt.

Hinweis von **Herrn Sieber, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat**:

Für den Ausschuss ist diese Situation ein „Tritt vor das Schienbein“, denn der Ausschuss redet immer über Wirtschaftsförderung und lässt sich von **Herrn Dr. Franke** die Ergebnisse der Arbeit der Wirtschaftsförderung vorstellen und dann passiert es, dass sich die Wirtschaft nicht berücksichtigt fühlt. Daher sollte der Ausschuss mal ein Zeichen setzen und im Sinne der Wirtschaft agieren. Was der Stadtrat dann daraus macht steht an anderer Stelle zur Diskussion.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Können die Kosten der Unternehmen durch das Entgegenkommen der Verwaltung abgemildert werden?

Antwort von **Frau Töpfer**:

Die Unterstützung durch die Briefdienste und die verlängerte Zustellung an beide Adressen würde zumindest schon einmal die Kosten für die Anschreiben an die Kunden bzw. Mandanten einsparen.

Antwort von **Frau King**:

Für ihr Unternehmen werden die Kosten dadurch nicht gemildert.

Hinweis von **Frau Dr. Sitte**:

Falls dem Antrag nicht zugestimmt werden kann, dann sollte man die Unternehmen wenigstens als „Neuansiedlung“ ansehen, besonders wirtschaftsfreundliche Leistungen anbieten und sich überlegen, wie mit den „Restkosten“ umgegangen werden kann.

Wortmeldung von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit:**

Die Wirtschaftsförderung und das Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW) stehen zur Verfügung, um in Einzelfällen Lösungen zur Unterstützung zu finden. Dies kann auch so zugesagt werden.

Hinweis von **Herrn Dieringer:**

Er schließt sich der vorherigen Ausführung von **Herrn Sieber** an. Der Ausschuss hat die Interessen der Wirtschaft gegenüber dem Stadtrat zu vertreten, dies ist seine persönliche Meinung. Daher kann es zu diesem Antrag eigentlich keine 2 Meinungen geben.

Forderung von **Frau Dr. Sitte:**

Den Vorschlag von **Herrn Neumann** nimmt sie dankend an, fordert aber, die Betreuung und Lösungsfindung für alle Unternehmen und nicht nur einzelfallbezogen vorzunehmen. Wer „A“ sagt, muss auch „B“ sagen.

Wortmeldung von **Herrn Stäglin:**

Die Frage ist doch, ob „A“ auch immer gleich „B“ bedeuten muss. Hier wird eine neue Leistung seitens der Verwaltung gefordert, die formal nicht abgedeckt werden kann, dies hat zur Folge, dass eine sog. „neue freiwillige Leistung“ in der Verwaltung zu „installieren“ wäre, und diese ist nicht begründbar.

Eine Einzelfallprüfung für wirtschaftliche Härten ist in Ordnung, darüber hinaus kann man die Unternehmen unterstützen, indem man z. B. eine ähnliche Broschüre wie „Kaufrausch nach Plan“ für diese Unternehmen erstellt oder aber „Straßenfeste“ oder ähnliches durchführt, um den neuen Straßennamen in der Bevölkerung und bei den Kunden der Unternehmen zu etablieren.

Wortmeldung von **Frau Hintz, SPD-Stadtratsfraktion:**

Ihre Fraktion steht voll und ganz hinter dem ursprünglichen Stadtratsbeschluss zur Umbenennung der Philipp-Müller-Straße in Willy-Brandt-Straße.

Wortmeldung von **Herrn Scholtyssek, CDU-Stadtratsfraktion:**

Er hat durchaus „Sympathien“ für beide Seiten, dennoch wundert er sich über die Unterstützerfreundlichkeit der antragstellenden Fraktion.

Während der Diskussion musste **Herr Häder** darauf hinweisen, eine sachliche Diskussionsebene beizubehalten.

Nachfrage von **Herrn Sieber:**

Nach der gemachten Zusage zur Unterstützung durch **Herrn Neumann** stellt sich nun die Frage, woher die Mittel kommen sollen, wenn es doch keine Haushaltsstelle dafür geben wird. Von der Wirtschaftsförderung können diese ja wohl kaum kommen, wurde dort doch erst eine Budgetreduzierung vorgenommen.

Daher schlägt er vor, die Kosten der Unternehmen durch die Wirtschaftsförderung aufarbeiten zu lassen, um dann ermitteln zu können, was finanzierbar ist und was nicht. Er möchte diesen Vorschlag von **Herrn Neumann** geprüft haben.

Herr Neumann stellte klar, dass es sich sicher nicht um finanzielle Unterstützung handeln wird, sondern die Wirtschaftsförderung und das Dienstleistungszentrum Wirtschaft in ähnlich praktischer Weise wie im Rahmen der Baumaßnahmen Steinweg bzw. Klausbrücke unterstützen wird.

Ergänzung durch **Frau Dr. Sitte:**

Die Fraktion als Antragsteller möchte also eine bestmögliche Auflistung der Kosten mit einer Folgeabschätzung vorgelegt haben. Auf dieser Basis könnte man dann über den Antrag im September beraten.

Hinweis von Herrn Häder:

Die Kosten liegen ja bereits auf dem Tisch. Da die gewünschten Unterstützungsleistungen nicht von der Wirtschaftsförderung finanziert werden können, müsste ohnehin eine neue Haushaltsstelle geschaffen werden.

Inhaltlich ist festzuhalten, dass seine Fraktion damals gegen den Beschluss zur Umbenennung der Philipp-Müller-Straße war. Aber nun sollte man vielleicht einmal generell als Stadtrat überlegen, wie man künftig mit Straßenumbenennungen umgehen will. In vorliegendem Fall wäre auch die Benennung eines Bauabschnittes der HES nach Willy Brandt möglich gewesen.

Wortmeldung von Herrn Neumann:

Die Verwaltung setzt nur den Beschluss des Stadtrates um, der Vorschlag zur Umbenennung kam jedoch nicht aus der Verwaltung.

Er wird im nächsten Ausschuss einmal darstellen, was bei den damaligen Bauarbeiten an der Klausbrücke und im Steinweg für die Unternehmen seitens der Wirtschaftsförderung getan wurde, um diese in den besonderen Situationen zu unterstützen.

Hinweis von Herrn Dieringer:

Aber diese Aufstellung ist entscheidend für die Abstimmung.

Antwort von Herrn Neumann:

So wurden damals z. B. Gespräche mit den Banken geführt oder ähnliche Unterstützungsleistungen angeboten. Daher sollten diese Maßnahmen ja auch einzelfallabhängig vorgenommen werden.

Hinweis von Herrn Häder:

Somit wird es sich bei den Unterstützungsleistungen durch die Verwaltung um immaterielle Unterstützung handeln.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Sitte** stellte **Frau Töpfer** noch einmal kurz die einzelnen Kosten einiger Unternehmen dar.

Vor der Abstimmung erkundigte sich **Herr Sieber** noch einmal genau bei **Herrn Neumann** ob eine monetäre Unterstützung der Unternehmen vorgesehen ist.

Herr Neumann verneint dies.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtratsbeschluss „Benennung einer Straße nach Willy Brandt“ V/2012/10477 mit dem Beschluss „Die Philipp-Müller-Straße wird aus Anlass des 20. Jahrestages von Willy Brandt im Oktober 2012 in Willy-Brandt-Straße umbenannt“ wird aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Alternativen für die Benennung einer Straße mit dem Name Willy Brandts zu suchen und legt diese dem Stadtrat und Kulturausschuss im September 2012 zur Beschlussfassung vor.

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich zugestimmt -
4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

Es gab weitere 2 Mitteilungen:

IQ Innovationspreis:

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit; wies daraufhin, dass erneut der IQ Innovationspreis verliehen wurde, alle Informationen, auch zu den Preisträgern können die Mitglieder des Ausschusses der vorliegenden Broschüre entnehmen.

gemeinsame Sitzung des Planungsausschusses und des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am 11.09.2012 zum Strategiepapier 2025:

Herr Neumann informierte darüber, dass eine gemeinsame Sitzung zu o. g. Thema angedacht ist und somit beide Ausschüsse am 11.09.2012 zu diesem Thema zusammen kommen.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, teilte dazu mit, dass dennoch die reguläre Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am 25.09.2012 stattfinden wird, da sich die beiden Ausschüsse lediglich zu diesem einem Thema verständigen wollen.

Anfrage von **Herrn Sieber, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat:**

Warum soll schon wieder eine gemeinsame Sitzung erfolgen?

In Bezug auf die Beratung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes empfand er die gemeinsame Sitzung schon nicht als guten Auftakt zur Beratung dieser „großen“ Vorlage.

Antwort von **Herrn Häder:**

Es soll eine gemeinsame Beratung erfolgen, da dann die Präsentation dazu nur einmal vorgetragen werden muss. Eine separate Diskussion nach der Präsentation ist ja dennoch im regulären September-Ausschuss möglich.

**zu 7.1 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle
(Saale) 2012
Vorlage: V/2012/10693**

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, erkundigte sich zunächst, ob eine Präsentation erfolgen soll oder ob die einfache Kenntnisnahme des Papiers ausreicht.

Wortmeldung von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses**:
Falls ein Kurzbericht möglich ist, sollte dieser vorgetragen werden.

Daraufhin gab **Frau Sasse, Bereichsleiterin beim Jobcenter Halle (Saale)**, eine mündliche Kurzdarstellung zum Programm ab.

Im Anschluss daran wurden noch Anfragen beantwortet:

Anfrage von **Herrn Dieringer, CDU-Stadtratsfraktion**:

Es wurde mitgeteilt, dass auch die Selbstständigen eine Betreuung erhalten, wie muss man sich das genau vorstellen?

Antwort von **Frau Sasse**:

Beim Jobcenter gibt es ein Sonderleistungsteam für die Grundsicherung der Selbstständigen. Dieses Team hat sich auf die haupt- und nebenberuflichen Selbstständigen spezialisiert.

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Dabei handelt es sich um Selbstständige, die zusätzlich aufstockende Leistungen des Jobcenters beziehen und künftig ohne diese Unterstützung zurecht kommen sollen.

Wortmeldung von **Frau Vofrei, Bereichsleiterin beim Jobcenter Halle (Saale)**:

Die Selbstständigkeit gibt es ja schon seit vielen Jahren, allerdings verfügen die Arbeitstätigen in diesem Bereich nur über ein minimales Einkommen und daher ist eine gesonderte Betreuung dieser „Leistungsgruppe“ nötig.

Anfrage von **Herrn Sieber, Fraktion die DIE LINKE. im Stadtrat**:

Inwieweit arbeitet das Jobcenter dabei mit Einrichtungen wie der Handwerkskammer, IHK und dem Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW) zusammen?

Antwort von **Frau Vofrei**:

Die Einrichtungen werden dabei mit einbezogen. So werden die Maßnahmen zum Teil durch Dritte übernommen, wobei es sich dabei durchaus um verschiedene Träger handelt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) für das Jahr 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- Kenntnis genommen -

Der Ausschuss nimmt das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) für das Jahr 2012, nach einer kurzen Darstellung durch Vertreterinnen des Jobcenters zur Kenntnis.

zu 7.2 Abschlussbericht "Schnelle Logistik grenzenlos"

Herr Rochau, Stabsstelle Wissenschaft und Arbeit, stellte den Abschlussbericht des Projektes an Hand einer Powerpointpräsentation vor. Darüber hinaus lagen die Abschlussberichte auch auf dem Tisch des Sitzungssaales zur Mitnahme aus.

Im Anschluss an die Präsentation konnten noch Fragen gestellt werden:

Anfrage von **Herrn Sieber, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat**:

In der Präsentation wurde eine Vermittlungsquote von 57% für die Stadt Halle vorgestellt. Gibt es hier Vergleichswerte mit anderen Maßnahmen?

Antwort von **Frau Sasse, Bereichsleiterin Jobcenter Halle (Saale)**:

Diese Quote ist bei den U25 eine sehr vorzeigbare Quote. Bei anderen Integrationsmaßnahmen können solche Quoten nicht erzielt werden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.08.12

Wolfram Neumann
Beigeordneter für Wirtschaft,
Wissenschaft und Arbeit

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin